

DRINGLICHKEITSANTRAG

des Landtagsklubs FRITZ - Bürgerforum Tirol

bzw. der Abgeordneten Mag. Markus Sint und KO Dr. Andrea Haselwanter-Schneider

betreffend:

Wohnen leistbarer machen:

„Aktion scharf“ gegen mutmaßlich illegale Freizeitwohnsitze!

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

DRINGLICHKEITSANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, auf die Gemeinden und Bürgermeister einzuwirken, eine „Aktion scharf“ bei mutmaßlich illegalen Freizeitwohnsitzen durchzuführen. Die momentanen Verkehrseinschränkungen, Einreiseverordnungen und Ausgangssperren bieten eine einmalige Gelegenheit, um die Daten- und Faktenlage rund um „angebliche Hauptwohnsitze“ zu prüfen, die Mitwirkungspflicht der Eigentümer bzw. Verfügungsberechtigten bei der Feststellung eines Freizeitwohnsitzes zu erwirken und Wohnsitzerklärungen von betroffenen Personen einzufordern.“

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs. 3 GO-LT dem **Ausschuss für Rechts-, Gemeinde- und Raumordnungsangelegenheiten** zugewiesen werden.

B E G R Ü N D U N G:

Die Freizeitwohnsitzproblematik ist bekannt. Den 16.261 legalen Freizeitwohnsitzen – laut aktuellstem Stand gemäß Freizeitwohnsitzverzeichnis der Tiroler Landesregierung vom Dezember 2020 – stehen geschätzte 10.000 illegale Freizeitwohnsitze gegenüber. Die Anzahl an legalen Freizeitwohnsitzen ist vielerorts schon ein Problem, zumal die gesetzliche 8-Prozent-Freizweitwohnsitzquote vielerorts um ein Vielfaches überschritten ist. Dazu kommen dann noch die mutmaßlich tausenden, illegalen Freizeitwohnsitze. Getarnt als Hauptwohnsitze oder Nebenwohnsitze. Oftmals ist sogar den Eigentümern ihre prekäre Situation nicht einmal bekannt. Fehlinformationen liegen vor. Allen ist diese Situation ein Dorn im Auge. Auch dem Landeshauptmann und der Landesregierung.

Die Bürgermeister sind gefordert, hier Abhilfe zu schaffen. Es gibt einen Leitfaden des Landes, an dem sich die Gemeinden bei ihrer Prüfung von mutmaßlich illegalen Freizeitwohnsitzen orientieren können. Nach und nach wurden die Prüfungen ja bereits intensiviert. Oftmals mit schwierigen Ausgangslagen. Diese könnten sich jetzt jedoch mancherorts ändern und anders gestalten. Aufgrund der pandemiebedingten Verkehrseinschränkungen, Einreisebestimmungen gegenüber anderen Ländern und Ausgangssperren dürften gerade Wohnsitze, die vermeintlich als Hauptwohnsitz dienen, jedoch de facto Freizeitwohnsitze darstellen, besser kontrollierbar sein. Zumindest wird eine Aktualisierung der Daten- und Faktenlage vereinfacht. Es ist jetzt ein sehr günstiger Augenblick. Ist in den betroffenen Immobilien in den ganzen Wochen und Monaten der Verkehrsbeschränkungen jemand anzutreffen? Und wenn nein, warum nicht? Wie erklärt sich der Eigentümer bzw. Verfügungsberechtigte? Wie sieht seine aktuelle Wohnsitzerklärung aus? Alles Fragen, die aktuell wahrscheinlich noch einmal besser einzufordern und zu kontrollieren sind, als in Zeiten ohne Krise und ohne Beschränkungen.

Illegale Freizeitwohnsitze sind kein Kavaliersdelikt, sondern Gesetzesbruch. Illegale Freizeitwohnsitze benachteiligen die einheimische Bevölkerung, sie verknappen und verteuern Grund und Boden. Einige wenige Nutznießer mag es geben, die meisten Tiroler aber leiden unter diesen Auswüchsen. Daher ist die Zeit günstig, um eine konzertierte „*Aktion scharf*“ anzusetzen. Landesregierung, Bezirksverwaltungsbehörden und die Tiroler Gemeinden sind gefordert.

Die **Dringlichkeit** dieses Antrages ergibt sich daraus, dass sich die zuständigen Behörden die aktuellen, pandemiebedingten Einschränkungen zunutze machen sollen, um schnellstmöglich Klarheit bei mutmaßlichen illegalen Freizeitwohnsitzen zu erhalten.

Innsbruck, am 28. Januar 2021